

Börsen-Zeitung

Zeitung für die Finanzwirtschaft

Börsen-Zeitung vom 31.12.2019, Nr. 249, S. 30

ALLES AUF GRÜN

Im Sog der grünen Welle

Der Klimawandel krempelt Wirtschaft und Gesellschaft um - Schwierige Kurssuche für Parteien

Von Angela Wefers, Berlin

Börsen-Zeitung, 31.12.2019

Das Klimapaket der großen Koalition gehört zu den Punkten, die CDU, CSU und SPD nicht auf der Agenda hatten, als sie im Frühjahr 2018 wider Willen das Regierungsbündnis schmiedeten. Aber nicht einmal die Revisionsklausel im Koalitionsvertrag musste bemüht werden, um das Thema 2019 in Windeseile auf den Kabinetttisch zu bringen. Im Lauf des Jahres überrollte die grüne Welle die große Koalition. Hunderttausende Schüler demonstrierten unter der Organisation von "Fridays for Future" für die Einhaltung der Klimaziele. Sie legten deutsche Großstädte lahm, warfen der Politik Untätigkeit vor und beherrschten Talkshows sowie Schlagzeilen. Die Bundesregierung war hochgradig nervös und versprach rasche Taten, um das Klima zu retten.

Wie angekündigt gaben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) am 20. September zusammen mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden von CDU, CSU und SPD die Ergebnisse ihrer beschleunigten Klimaschutzpolitik bekannt. Die Spitzenpolitiker saßen medienwirksam auf grünen Stühlen im bundeseigenen Zukunftsausstellungshaus "Futurium" in Berlin - und konnten nach durchverhandelter Nacht kaum die Augen offen halten. Die Szenerie mutete wie ein nur mühsamer Aufbruch in eine Zeitenwende an.

Das Verhandlungsergebnis wirkte zudem zunächst bescheiden, gemessen an der Erwartung an das Maßnahmenbündel, das helfen soll, die Erderwärmung laut Pariser Klimaabkommen auf unter 2 Grad, vorzugsweise unter 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu beschränken. Im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat wurde es kurz vor Jahresschluss noch einmal nachgeschärft und klimapolitisch verbessert. Kernpunkt ist die Einführung eines Preises für das Gut "saubere Luft", wie es Ökonomen empfohlen hatten. Der Sachverständigenrat für Wirtschaft sprach sich in seinem Sondergutachten vom Herbst für diesen Schritt aus, ohne sich auf einen konkreten Preis festzulegen. Für eine limitierte, an den Klimazielen ausgerichtete Menge an Kohlenstoff soll - verbrieft in Zertifikaten - ein Marktpreis entstehen können. 2026 ist dies nach einer Einführungsphase mit fixen Preisen geplant.

Sozialpolitischer Sprengstoff

Das Marktkonzept ist klimapolitisch effizient. Es birgt aber wirtschafts- und sozialpolitischen Sprengstoff. Kritisch wird es für die Wirtschaft, wenn der Marktpreis für eine rationierte Menge CO₂-Ausstoß durch die Decke schießt und nicht über die Preise an die Verbraucher weitergegeben werden kann. Bei den Bürgern belastet der Preis für "saubere Luft" arme Haushalte gemessen am Nettoeinkommen deutlich stärker als solche mit höheren Einkommen, hat das Wirtschaftsforschungsinstitut DIW ermittelt.

Die Parteien stecken beim Klima politisch in der Falle. Die gesellschaftspolitischen Folgen sind enorm. Was die Bevölkerung wirklich will, ist nicht eindeutig. Umfragen wie die des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigen, dass die Besorgnis in der Bevölkerung über den Klimawandel stark wächst. Im Herbst 2019 zeigten sich 61 % beunruhigt, unter den unter 30-Jährigen sogar 68 %. Im Januar 2017 lag der Anteil der Besorgten erst bei 37 %, in der jüngeren Generation bei 44 %. Ähnliches

ermittelte die Forschungsgruppe Wahlen im Politbarometer von Ende November: 65 % der Befragten machen sich große oder sehr große Sorgen über den Klimawandel.

Daraus abzuleiten, die politisch Verantwortlichen müssten sich nur stärker zur Klimapolitik hinwenden, wäre gleichwohl falsch. Denn die Deutschen sorgen sich zwar um den Klimawandel, lehnen neue Lasten aber durchweg ab und wollen nicht dauernd mit dem Thema belästigt werden. Im selben Politbarometer gaben 41 % der Befragten an, dass es zurzeit hierzulande zu viel um den Klimawandel gehe. Gleichzeitig sind 60 % der Meinung, dass die Bundesregierung nicht genug für den Klimawandel tut. Kontroverser sieht es bei den Konsequenzen aus. Allensbach zufolge sind nur 28 % zu Einschränkungen und finanziellen Belastungen bereit, während 45 % Anreize und Innovationen für aussichtsreicher halten. Konfrontiert mit konkreten Maßnahmen sind nur 23 % bereit kürzerzutreten. 62 % hoffen auf neue Erfindungen.

Höhenflug der Grünen

Mit der verstärkten Prominenz des Klimathemas sehen sich CDU, CSU und SPD mit einem Höhenflug der Grünen konfrontiert, während ihre Umfragewerte einbrechen. Im Herbst 2019 bewerteten nach Allensbach-Zahlen 20 % der Bevölkerung die Grünen als sympathischste Partei. Bei den 14- bis 29-Jährigen waren es sogar 31 %. Zehn Jahre zuvor waren die Zahlen nur etwas mehr als halb so hoch. Den Grünen mit einer ambitionierten Klimapolitik das Feld einfach wegzunehmen, birgt für Union und SPD ein politisches Risiko.

Die AfD hat die Klimapolitik als neues, identitätsstiftendes Thema entdeckt, nachdem ihr die Flüchtlingspolitik zum Polemisieren abhandengekommen war. AfD-Anhänger halten die Klimadebatte für übertrieben und das Problem nicht für existent. Nur 27 % von ihnen machten sich laut Politbarometer Sorgen über den Klimawandel, während es bei den Anhängern der Grünen 88 % sind. Die Folgen der Klimapolitik - weniger Fleischverzehr, weniger Dünger, mehr Insektenschutz oder ein Logo für gutes Schweinefleisch - berührt besonders stark die Landbevölkerung. Diese hat die AfD als aussichtsreiche Zielgruppe entdeckt und umwirbt sie. Bauern fühlen sich als Umweltverschmutzer und Tierquäler diffamiert. Proteste und Traktorkonvois, bis nach Berlin, sind die Antwort darauf.

Ungenügend austariert

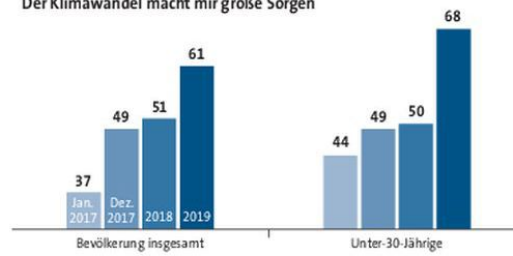
Der Einstiegspreis in die CO₂-Bepreisung war von der großen Koalition zunächst niedrig gewählt, damit sich die Last kaum merklich in das Portemonnaie der Bürger schleicht und nur milde Verwerfungen hervorruft. Die im Vermittlungsausschuss kurz vor dem Jahreswechsel vereinbarten höheren Preise zwingen das Regierungsbündnis, die Folgen erneut zu überdenken: auf die Kostenrechnung von Unternehmen und auf deren Beschäftigte, auf Branchen wie die Autoindustrie, die umweltfreundliche Antriebsformen sucht, oder die **Energiewirtschaft**, die vor dem Ende der Kohleverstromung steht. In den privaten Haushalten reichen die geplanten Entlastungen wie niedrigere Stromkosten oder eine höhere Pendlerpauschale nicht aus, um die zusätzlichen Staatseinnahmen zu kompensieren. Diese Rechnung hat das DIW aufgemacht und auch gleich die Lösung mitgeliefert: Helfen würde eine deutlich stärkere Senkung des Strompreises über die Umlage für **erneuerbare Energien** oder einfach eine Pro-Kopf-Klimaprämie, die den Bürgern zurückgibt, was der Staat ihnen für den CO₂-Ausstoß nimmt.

Angela Wefers, Berlin

Das Klima lässt keinen kalt

Anteil der Befragten in Prozent

Der Klimawandel macht mir große Sorgen

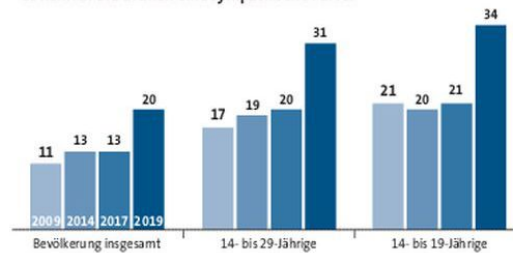


Unterstützung für Fridays for Future

„Seit einigen Wochen gehen ja in vielen deutschen Städten freitags Schüler auf die Straße, um für mehr Umwelt- und Klimaschutz zu demonstrieren. Finden Sie das grundsätzlich eine gute Sache oder keine gute Sache?“



Es nennen die Grünen eine sympathische Partei



© Börsen-Zeitung

Quelle: Allensbach, AWA 2019

Quelle: Börsen-Zeitung vom 31.12.2019, Nr. 249, S. 30

ISSN: 0343-7728

Rubrik: ALLES AUF GRÜN

Dokumentnummer: 2019249135

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/BOEZ_1054458c15479c88ccdd297f08913a39ff313322

Alle Rechte vorbehalten: (c) Börsen-Zeitung

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH